

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Donner-
stag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag. Der Bezugspreis beträgt
monatlich 1,20 M., wöchentlich 25 Pfennig.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote
Monatsspenden, Belegblätter 5
und von allen Anzeigen-Exemplaren
genommen. Die monatliche Belegblätter
betragen 25 Pfennig, die Belegblätter 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgs-
dorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoflagdrevier,
Bergfelde, Frohnau, Schön-
fließ und Umgegend

Sernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 138. Postfachkonto: Berlin 62 448. Donnerstag, den 3. September 1925. Postfachkonto: Berlin 62 448. 24. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Dem Kaufmann Max Söhnel hierorts, Hauptstraße Nr. 79 wohnhaft, ist die Erlaubnis zum Betriebe des Kleinhandels mit Branntwein und Spirituosen in versiegelten und versapften Flaschen erteilt worden.

Birkenwerder, den 2. September 1925.

Der Amtsvorsteher. J. B. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungseinladung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung zu einer Sitzung auf Montag, den 7. September 1925, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit an der gefälligen Beschlußgebundenheit gebunden sind.

Tagesordnung.

1. Erteilung einer Lösungsbescheinigung.
2. Erteilung einer Genehmigung in Ausübung des Renten-suertrages.
3. Wahl der Vertreter der Gemeinde als Gesellschafter der Gaswerk Niederbarnim-West G. m. b. H.
4. Zustimmung zu Verträgen.

Steuernummernklärung.

Mit der einheitlichen Herstellung der Bürgersteige in der Bergfelderstraße, zwischen Bahnhof und Rathaus, gemäß dem Beschluß der Gemeindevorstellung vom 28. Mai d. J. wird jetzt begonnen.

Birkenwerder, den 2. September 1925.

Der komm. Gemeindevorsteher. Blank.

Alle Gewerbesteuerpflichtigen Unternehmer, die hier eine Betriebsstätte unterhalten, sind zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuer-Gesetz vom 22. Juli 1925 verpflichtet, wenn sie am 31. Dezbr. 1924 ein Vermögen von mehr als 4800 RM besaßen haben. Ferner haben die Unternehmer die Steuererklärung abzugeben, von denen diese gefordert wird.

Die Steuererklärung ist unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordruckes bis zum 21. September 1925 einzureichen bei dem Vorstehen des Gewerbesteueramtes für den Veranlagungsbezirk des Kreises Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Str. 5 einzureichen.

Vordrucke für die Steuererklärung werden den zur Erklärung Verpflichteten in den nächsten Tagen ausgehändigt. Die Steuererklärung ist schriftlich, zweifach eingereicht, oder mündlich dem Vorstehen des zuständigen Steueramtes abzugeben. Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann mit Geldstrafe oder im Ausnahmefall bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages bestraft werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuer-Gesetz wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bestraft; ein solches Vergehen gegen die Steuergehalte (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.

Die Haussteuer und die Steuern von Grundbesitzern, mit Ausnahme der Grundbesitzsteuer für die Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerischen Zwecken dienen, sind für den Monat September bis zum 17. d. Mts. einzahlen. In der Gemeindefolge zu geben. Die Gewerbesteuer vom Ertrage und Kapital sind erst wieder im Monat Oktober fällig.

Birkenwerder, den 2. September 1925.

Der komm. Gemeindevorsteher. J. A. Rosenau, Gemeindefolge

Hohen Neuendorf

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Septembermiete.

Die gefällige Miete gegenüber dem Vormonat ist unverändert. Sie beträgt 82 bzw. 78 Prozent der Friedensmiete.

Was gibt es Neues?

Die Juristenkonferenz in London hat erst am Dienstag begonnen. Die Verhandlung ist angeblich durch die Verteilung Italiens an der Konferenz eingetret.

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann der kommunalistische Vordruckprozeß gegen Walrow u. Gen.

Die Spitzenorganisationen des Handwerks haben in einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium ihr Einverständnis zur Preisabgabe der Regierung erklärt.

Das Uniformverbot ist durch einen Erlass des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Am amerikanischen Steinkohlenbergbau haben 180 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Die Londoner Juristenkonferenz.

Die mit informativem Charakter tragende Londoner Juristenkonferenz hat nach den Meldungen des Amtlichen Britischen Konsulats mit ihren eigentlichen Arbeiten erst am Dienstag, den 1. September, begonnen. Die Verhandlung des Sitzungsbeginnes um einen Tag wird mit der erst in letzter Stunde eingetretenen Beteiligung Italiens an dieser Konferenz begründet. Die offiziellen Londoner Meldungen über diese Konferenz betonen noch einmal mit allem Nach-

druck den rein „aufläuternden“ Charakter dieser Zusammenkunft. Es sei nicht Aufgabe der in London zusammengekommenen Juristen an den im englisch-französischen Patentstreit bisher festgelegten Prinzipien irgend welche Änderungen vorzunehmen, ihre Aufgabe bestehe vielmehr lediglich darin, die Ausdrücke klarzulegen, damit dann bei der eigentlichen Pat.-Konferenz keine rein juristischen Streitigkeiten die Verhandlungen hemmen könnten.

Die halbamtlichen Verlautbarungen der englischen Regierung machen in diesen Tagen merkwürdig viel Wesen von dieser Juristenkonferenz her, ergeben sich in überschüssigen Hoffnungen auf das endgültige Ergebnis der Pat.-Verhandlungen und halten den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund schon so gut, wie im Prinzip vollzogen. Angeht es der hier gekennzeichneten Erwartungen und Hoffnungen der Londoner Regierung entbehrt der mit Nachdruck betonte enge Aufgabekreis der Juristenkonferenz nicht eines gewissen politischen Interesses, das die aufmerksamste Beachtung seitens Deutschlands verdient. Diese Juristenkonferenz, deren Dauer man in London auf eine Woche schätzt, soll also die unmittelbare Vorbereitung einer direkten Pat.-Konferenz, einer Konferenz der beteiligten Außenminister sein. Wagt man sich doch in London schon in der recht überhöflichen Hoffnung, daß bald nach der Beendigung der juristischen Konferenz von deutscher Seite eine internationale Konferenz vorgeschlagen werden wird, die voraussichtlich schon während der letzten Septemberwoche in Lausanne beginnen soll.

Das sind aber noch lange nicht die einzigen englischen Hoffnungen und Erwartungen, mit denen jetzt die politische Kreise von London aus gesteuert wird. Nicht weniger bemerkenswert, wie die Hoffnung Englands, Deutschland selbst werde die Einberufung einer internationalen Konferenz beantragen, sind die Erwartungen, die der offizielle englische Draht an die Beteiligung Italiens an diesen Pat.-Verhandlungen knüpft. So erwartet man, nach dem Bericht des amtlichen Britischen Konsulats, daß auf der an die Juristenkonferenz sich anschließenden Konferenz der Außenminister auch Mussolini persönlich erscheinen werde. Weiter wird man von „Londoner unterrichteten Kreisen“ aus in die Debatte, daß wahrscheinlich ein deutsch-polnischer Schiedsgerichtsvertrag vorgeschlagen werden wird, dessen vom Völkerverbund ernannter Garant Frankreich sein soll.

Die maßgebenden politischen Kreise Deutschlands werden recht daran tun, auf diese von England aus inspirierten „Verdachtsballons“ ein recht aufmerksames Auge zu werfen. Es muß von deutschen Interesse sein, daß der augenblickliche Stand des Notwendigen über die Pat.-Frage noch nicht die Klärung gebracht hat, die für eine Beteiligung Deutschlands am Pat. und am Genfer Völkerverbund unbedingt notwendig ist. Die recht eigenartige Auslegung des Amtlichen Britischen Konsulats über den informativsten Charakter der Juristenkonferenz, „die sollte die juristischen Streitigkeiten auf der eigentlichen Pat.-Konferenz beseitigen“, mutet nach dem Stand der Dinge fast nach einer Vorbereitung zu einem verheerenden Diktat an Deutschland an. Es wird jetzt höchste Zeit, daß gegenüber den englischen Hoffnungen und Erwartungen die Deutsche Reichsregierung ihre Mindestforderung für einen Pat.-Abbruch und Eintritt in den Völkerverbund bekannt gibt, damit die Konferenz der Außenminister wenigstens weiß, worüber sie zu beschließen hat. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat ja damit bei der Berliner Tagung der Auslandsdeutschen schon einen recht erfreulichen Anfang gemacht.

Das Uniformverbot aufgehoben.

Ein Erlass des Reichspräsidenten.

Reichspräsident v. Hindenburg hat nachstehende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921, betreffend Verbot des Tragens der Willkürform wird aufgehoben.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit Verkündung in Kraft.

Dietramszell, den 26. August 1925.

gez. Geßler, Reichswehrminister. gez. Hindenburg, Reichspräsident.

Maßgebend für diese Entscheidung ist, daß die Voraussetzungen, die kurz nach der Ermordung Erzherzogs Franz Ferdinand durch die österreichische Regierung für das Tragen der Willkürform festgelegt waren, nicht mehr bestehen und daß andererseits der Reichstag das neue Gesetz zur Regelung dieser Angelegenheit nicht verabschiedet hat. Bereits der verordnende Reichspräsident v. Hindenburg hat mit dem Gedanken der Aufhebung dieses im August 1921 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verbotes. Es tritt jetzt wieder der Zustand ein, wie wir ihn bis 1921 hatten, nämlich der, daß

jeder mit dem Recht zum Tragen der Uniform verabsehende Angehörige das Recht zum Uniformtragen samt Säbel und Dolch besitzt.

Die Herbsttagung des Völkerverbundes.

Wer wird Vorstehen?

Die Vollversammlung des Genfer Völkerverbundes steht vor ihrer Eröffnung. Poincaré, als der derzeitige Vorsitzende des Völkerverbundes, wird die Eröffnungssprache halten. Eine der ersten ihrer Erledigung stehenden Fragen ist die Wahl des Präsidenten. Bisher war dies der schweizerische Bundesrat Motta. Besonders zwei Kandidaten werden genannt: Der erste Delegierte der kanadischen Delegation, Senator Dandurand, und Fridolf Kautz.

Dandurand gilt als Kandidat der französischen freundschaftlichen Kreise. Er ist französischer Herkunft, und trotzdem er ein englisches Dominium vertritt, hält er seine Ideen stets in französischer Sprache auf der Vollversammlung, um sie danach selbst ins Englische zu übertragen. Von anderer Seite wird die Kandidatur Fridolf Kautz angesetzt, der als Friedensfreund und namhafter Forscher und Gelehrter überall in der Welt Verehrung und Vertrauen genießt.

Die Zusammenkunft der französischen Delegation

ist die folgende: Ehrenpräsident Bourgeois, der aber wegen seines Gesundheitszustandes nicht nach Genf geht, Poincaré, Ministerpräsident, Briand, Außenminister, Paul-Boncour, Präsident des Obersten Rates der nationalen Verteidigung, Doumergue, de Jouvenel und Senator Pams, außerdem die Abgeordneten Marcel Blaisant, Rogaro und Montagny, ferner Gewerkschaftssekretär Joubert, Professor der Rechte an der Universität Lille Caffin.

Handwerk und Preisabbau.

Zusage der Spitzenorganisationen des Handwerks.

Am Montag fand zwischen den Spitzenorganisationen des Handwerks und dem Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über den Preisabbau statt. Die Vertreter des Handwerks erklärten, daß das Handwerk sich voll in den Dienst der Regierungserklärung vom 27. August stellen würde, wie dies schon auf der kürzlichen Tagung des Handwerks eindeutig zum Ausdruck gebracht worden sei. Insbesondere wollen die Spitzenorganisationen des Handwerks dahin wirken, daß die bestehenden Richtpreiskontrollen nochmals eingehend auf ihre wirtschaftliche Berechtigung geprüft werden.

Material zur Kartellbekämpfung.

Ein Schulbeispiel für das verhängnisvolle Spiel einer übertriebenen Kartellwirtschaft ist ein Verstoß des Berliner Vandalenrechts 1. 3. Ferienstrafkammer für Handelsstrafen, vom 22. August 1925 gegen einen Zigarettenhändler, in dem es heißt:

1. In Sachen des Deutschen Zigarettenhändlerbundes gegen ... wird im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet: Dem Antragsteller wird bei Vermeidung der gefälligen Strafe verboten, Zigaretten, die Markenartikel sind, zu geringeren als den von den Fabriken vorgeschriebenen Kleinhandelspreisen an verkaufen oder feilzuballen.
2. Die Kosten trägt der Antragsteller.
3. Streitwert: 2000 Mark.

Das ist eines von den vielen Beispielen, wie durch die Kartelle eine Preisentwertung unmöglich gemacht werden kann.

Zum Lohnstreit der Eisenbahner.

Freiwillige Lohnverbesserungen der Reichsbahn.

Unabhängig von den Schlichtungsverhandlungen im Lohnstreit der Eisenbahner, die bekanntlich ergebnislos verliefen, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, um die Reichsbahnarbeiter nicht

Haarkranke Frauen und Männer,

die an Ausfall der Kopfhare, Haarspalt, sogen. Haarfraß, Schuppen usw. leiden, wenden sich unter kurzer Beschreibung des Zustandes vertrauensvoll an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-N., und senden gleichzeitig einige ausgekamme Haare zur kostenlosen mikroskopischen Untersuchung ein. Auf Grund des wissenschaftlichen Befandes erhalten die Interessenten

fachmännische Auskunft

darüber, wie und mit welchen Mitteln das Haar rationell gepflegt werden muß, um einem weiteren Haarausfall vorzubeugen, und um ein geschmeidiges, glänzendes Haar zu bekommen. Das Angebot gilt nur für kurze Zeit, schreiben Sie deshalb heute noch.